Datum: 15. August 2024

Philipp May im Gespräch mit Roderich Kiesewetter, CDU

May: Sprechen wir über den Sabotage-Verdacht bei der Bundeswehr. Gehen Sie von Russland aus?

Kiesewetter: Es sind alles Spekulationen. Es passt zwar in die Art und Weise, wie Russland vorgeht. Wir sind im Fokus. Wir haben eine sehr schwach überwachte kritische Infrastruktur. Das Kritis-Dachgesetz der Bundesregierung ist noch nicht verabschiedet. Es zeichnet sich ab, aber es kann auch aus anderen Bereichen sein, im Bereich Islamismus. Es kann auch im Bereich des Linksextremismus sein, aber das ist völlig offen. Ich sehe sehr klar, dass die Bundeswehr sehr rasch aufgeklärt hat, dass sie den Schaden eingedämmt hat, dass es erste Ermittlungserfolge gibt. Wichtig ist, dass wir uns darauf einstellen müssen, im Fokus von Russland zu stehen. Russland sieht uns als Kriegsziel und deshalb ist es nicht ausgeschlossen, dass Russland mit seinem hybriden Krieg nun auch gegen Bundeswehreinrichtungen vorgeht.

May: Ist Deutschland wachsam genug?

Kiesewetter: Aus meiner Sicht nicht. Ich halte es für wichtig, unsere Dienste zu stärken. Die Bundesregierung schwächt gerade die Übermittlungsvorschriften der Dienste. Das heißt, die Dienste dürfen noch weniger und erschwert an Staatsanwaltschaften und Polizeien übergeben. Vieles, was wir erfahren haben, stammt aus dem Ausland. Das heißt, ausländische Dienste helfen uns. Aber wir müssen selber stark werden, damit wir auch unseren Partnern helfen können. Hier ist noch einiges zu tun.

May: Was konkret?

Kiesewetter: Zum Beispiel, dass unsere Dienste in der Lage sind, Finanzströme zu überwachen, dass unsere Dienste auch in der Lage sind, frühzeitig Erkenntnisse, die sie haben, an Staatsanwaltschaften und Polizeien zu übergeben. Es geht nicht, wie es im Koalitionsvertrag heißt, um eine Überwachungs-Gesamtrechnung, sondern es geht um eine Bedrohungs-Gesamtrechnung. Was wir brauchen, ist eine Veränderung unserer nationalen Sicherheitsstrategie und hier eine Stärkung der Dienste im Bereich der strategischen Vorausschau, der Krisenprävention. Und was auch dazukommt: Wir müssen unsere Bevölkerung mehr sensibilisieren. Das ist aber eher eine Sache der politischen Führung, des Kanzleramts und des Innenministeriums.

May: Stärkung der Dienste geht dann aber auch einher mit Schwächung der Bürgerrechte?

Kiesewetter: Genau das darf nicht der Fall sein. Wir wissen sehr genau, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sehr sensibel sind, was die Freiheitsrechte angeht. Aber die Freiheit ist nur so stark, wenn sie auch Abschreckung beinhaltet und wenn Dienste der Gegner, Geheimdienste der Russen beispielsweise, nicht die Chance haben, hier Daten abzugreifen

1

Deutschlandfunk Ein Programm von Deutschlandradio Raderberggürtel 40 50968 Köln oder aber gezielt Sabotage-Akte zu machen oder Tötungen, wie wir das seinerzeit im Tiergarten-Mord hatten.

May: Kann man deutsche Kasernen und deutsche Infrastruktur generell nur mit verbesserter Aufklärung, mit Diensten vereiteln beziehungsweise schützen, oder sind wir generell zu schlecht geschützt in diesen Zeiten?

Kiesewetter: Wir schützen uns ja zunehmend besser. Aber ein Beispiel: die Drohnen-Überflüge. Hier ist Landespolizeirecht unterschiedlich. Hier haben die Länder unterschiedliche Voraussetzungen. Das sollte vereinheitlicht werden, damit die Drohnen-Überflüge über Kasernen rasch aufgeklärt und geahndet werden können. Da ist die Bund-Länder-Zusammenarbeit eindeutig verbesserungswürdig.

May: Muss Geld in die Hand genommen werden?

Kiesewetter: Sicherlich ist das auch eine Frage des Geldes. Es ist aber auch eine Frage der strategischen Kultur, des Mindsets, der Einstellung, dass wir immer auch uns bewusst sind, dass Russland einen Krieg gegen die freie Ordnung führt, dass Russland in einer einzigartigen Allianz ist mit China, Iran und Nordkorea, die in einer Lastenteilung sich gegenseitig helfen, Munition aus Nordkorea, Raketen aus dem Iran, die über die Russen auf die Ukraine geschossen werden, nordkoreanische Panzerfäuste bei der Hamas. Es ist ein vernetztes Vorgehen und wir sollten deswegen auch uns selbst sensibilisieren, dass es hier nicht um einen Krieg Russlands gegen die Ukraine geht, sondern um die freie Art des freien demokratischen Westens, der hier unter Druck steht.

May: Herr Kiesewetter, wenn wir über Sabotage reden, dann müssen wir auch über die Sprengung der Nord Stream Pipeline in der Ostsee vor knapp zwei Jahren reden. Seit gestern wissen wir, dank der Recherche unter anderem der "Zeit", der "‼Schulz:!!" und der "ARD" - auch viele andere Medien wie der "Spiegel" haben recherchiert -, dass die Bundesanwaltschaft einen Haftbefehl verhängt hat gegen einen Ukrainer. Der allerdings konnte vor der Vollstreckung in Polen wahrscheinlich in die Ukraine ausreisen. Es hat lange viele Mutmaßungen gegeben, wer die Verantwortung für die Sprengung trägt. Zweifeln Sie daran, dass die Spur in die Ukraine führt?

Kiesewetter: Jedenfalls sind ukrainische Passinhaber daran beteiligt. Aber gerade das Beispiel zeigt auch wieder, wie sensibel oder wie wenig sensibel wir mit hoch sicherheitsrelevanten Informationen umgehen. Die Generalbundesanwaltschaft hat bewusst den Haftbefehl nicht in das EU-Schengen-Informationssystem eingestellt, um nicht andere Staaten darauf aufmerksam zu machen, und jetzt bringen investigative Journalisten in einem Wettbewerb, der völlig legitim ist, mit anderen Medien das in die Öffentlichkeit. Ich höre aus dem Umfeld unserer Nachrichtendienste und aus dem Umfeld der Generalbundesanwaltschaft, dass man höchst entsetzt ist über diese Veröffentlichung, weil damit andere Täter, die auch im Fokus sind, verdunkeln können und sich absetzen können. Das schadet der weiteren Aufklärung.

Hinzu kommt, dass gerade diese Investigativ-Journalisten, die das veröffentlicht haben, ein wesentliches Faktum außen vor lassen. Die frühere Geschäftsführerin der Firma, die Andromeda vermietet hat und angemietet hat, Diana B., wurde lange als Ukrainerin bezeichnet. Als klar wurde, dass sie auf der Krim lebt beziehungsweise sich nach Russland abgesetzt hat und einen russischen Pass hat, wurde gar nicht mehr darüber gesprochen. Es ist geradezu ein intensives Interesse daran, alle Spuren in die Ukraine führen zu lassen. Das ist auch ein Teil der Desinformation, wo wir sehr vorsichtig sein müssen.

May: Es gibt jetzt kein Interesse der investigativen Journalisten oder irgendeines Journalisten, Spuren irgendwo hinführen zu lassen, sondern die berichten, was ist.

Kiesewetter: Ich weiß nicht, ob das was ist, sondern der Punkt ist ein Dunkelfeld, das sehr weit ist. Da bin ich auch sehr bei Konstantin von Notz. Wir müssen in alle Richtungen ermitteln und die Veröffentlichung jetzt schneidet wieder Spuren in andere Bereiche ab, weil es eine Vorwarnung für die ganze Mittäterschaft ist. Egal ob es in die Ukraine führt oder nicht, es ist nicht glücklich gewesen.

May: Aber wenn Sie jetzt zum Beispiel erwähnen, dass nicht in das Schengen-System eingetragen worden ist, das ist das Problem gewesen, weswegen Polen nicht ausgeliefert hat oder worauf sich Polen jetzt beruft, und es hat ja einen Grund dafür gegeben. Das ist ja nicht Schuld der investigativen Journalisten. Die haben ja erst berichtet, als das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, nämlich als man dem ukrainischen Hauptverdächtigen nicht habhaft werden konnte, weil die Polen gesagt haben, wir liefern nicht aus oder wir konnten ihn nicht ausliefern, weil er nicht im Schengen-System drin ist. Das ist doch jetzt eine Verdrehung der Tatsachen, die Sie machen.

Kiesewetter: Nein, nein. Es geht hier darum, dass auch Polen einen Beitrag hat, aber jetzt ist eine große Vorwarnung im Bereich der Täterschaft gelaufen. Das können Sie nicht mehr einfangen. Deswegen ist es sehr sensibel zu betrachten und es ist immer noch nicht ausgeschlossen, dass es sich um eine Force Flag Operation handelt. Die Artikel, wenn Sie sie lesen, bei der "Zeit" oder auch bei der "ARD" und so weiter, sie enden ja alle im Spekulativen.

Wir müssen es aufklären. Wir haben alle ein Interesse daran. Das ist völlig klar. Aber wir müssen auch aufpassen, dass die Ukraine in einem Krieg steckt, den Russland vom Zaun gebrochen hat, und dass Nord Stream zerstört wurde, als längst klar war, dass nie mehr Gas darüber fließen wird. Spätestens im April _22 war klar, dass Nord Stream tot ist. Warum soll man etwas zerstören, das eh nicht mehr belebt werden soll? – Deswegen muss man das sehr sorgfältig in einem ganz breiten Umfeld betrachten.

May: Nichts desto trotz legen die Recherchen, die ja nun wirklich von vielen Medien ähnlich berichtet werden, nahe, dass es Verbindungen zum ukrainischen Militär aus dem Umfeld des ehemaligen Generalstabschefs Saluschnyj gegeben hat. Davon gehen die Journalisten aus, die das recherchiert haben. Sie nicht?

Kiesewetter: Das mag sein. Das ist aber auch Spekulation. Wenn Sie die Formulierungen durchlesen, so wird sehr viel im Konjunktiv gearbeitet. Es mag so sein. Die Frage ist, was wusste die ukrainische Regierung, hat die ukrainische Regierung es angeordnet, ist die ukrainische Regierung involviert, sind diejenigen, die es getan haben, auch Inhaber anderer Pässe. Wir haben den Fall, dass gerade Georgier in Frankfurt festgenommen wurden, die ukrainische und russische Pässe hatten und einen Ukrainer ermorden wollten. – Wir müssen sehr arg aufpassen. Ist der Passinhaber auch der Täter beziehungsweise hat der Passinhaber andere Pässe? Wer steckt da dahinter, mit welchem Geld ist es finanziert worden, sind es ukrainische Oligarchen, sind es ukrainische Staatsgelder, führen die Spuren nach Russland? – Die Finnen und Schweden sagen, alle Spuren führen nach Russland, und sie haben eingestellt, weil sie nicht weitergekommen sind. Ich kann nur hoffen, dass die Generalbundesanwaltschaft in die Lage versetzt wird, weiter zu recherchieren und aufzuklären, und dass nicht durch voreilige Veröffentlichungen voreilige Spekulationen gemacht werden, gerade vor den Landtagswahlen, wo es ein gefundenes Fressen ist für diejenigen, die glauben, dass man der Ukraine die Unterstützung entziehen muss.

May: Nun scheint es so – Sie haben es auch schon angesprochen -, dass die deutsche Justiz die Zerstörung von milliardenschwerer deutscher Infrastruktur aufklären will, das befreundete Ausland, nämlich Polen, um Hilfe gebeten hat. Die will zugreifen und einen Tag später ist der Täter weg. Das ist doch schon dumm gelaufen. Finden Sie nicht, dass das ein doofer Zufall ist?

Kiesewetter: Nein, das ist kein Zufall, und deswegen ist es unglücklich, dass das jetzt öffentlich wurde, weil mit Hochdruck die Untersuchungen laufen, wer da womöglich geplaudert hat. Und das hat jetzt für das gesamte Täterumfeld Auswirkungen, weil jetzt Verdunklungsgefahr besteht beziehungsweise die Verdunklung bestimmt schon stattgefunden hat. Zugleich hat sich eine der Frauen gemeldet, eine Frau U., die aus der Ukraine stammt, die jetzt behauptet, sie habe gar nichts damit zu tun. Wir hatten ja so einen Fall schon mal vor einem Jahr, wo Namen genannt wurden, die dann nachweisen konnten, dass sie damit nichts zu tun hatten. Deswegen müssen wir aufpassen, dass in diesem hoch spekulativen Umfeld nicht vorzeitig Schuldzuweisungen gemacht werden und die Entwicklungen, die weiteren Ermittlungen dadurch verhindert werden. Deswegen volle Unterstützung für die Generalbundesanwaltschaft, die hier sehr intensiv weiter recherchieren muss.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.